

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 31/45. Jahrg.

5. August 1932

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement Die „Graphische Presse“ erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit „Graphischer Technik“ 0,50 RM. ausschl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für Länder des Weltpostvereins 1.—RM.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Redaktions-
schluß: Montag. Fernruf: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Haß, Berlin W 9. — Druck und Expedition:
Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8—9.

Insertion Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 RM. bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 RM. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Postverlagort: Schkenditz

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12. Für den Inseratenteil verantwortlich: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Partei der Zerstörung — Partei des Aufbaus

Die NSDAP. ist die Partei der Zerstörung.

Wir sind die Partei des Aufbaus.

Jene Partei, und die Regierung, die sie beschützt, nennen sich Ordnungsparteien. Sie wollen die Ordnung wieder herstellen. In Wirklichkeit zerstören sie die staatliche Ordnung.

Was bedeutet die staatliche Ordnung, so wie diese im modernen Staatsbewußtsein breiter Massen verankert ist? Sie muß die Grundlagen für das Zusammenleben im Staat von Personen und Klassen, die verschiedene Bestrebungen und Überzeugungen haben, sichern. Zur Sicherung dieser Grundlagen gehört die Verfassung, die den Rahmen für das staatliche Zusammenleben schafft. In dem von der Verfassung gezeichneten Rahmen sollen die Personen und die Klassen ihre Freiheiten besitzen, Freiheit der Rede und der Schrift, der Versammlung und der Organisation. Das staatliche Leben ist erfüllt von dem Kampf der Gruppen mit gleicher Überzeugung für ihre Ziele und Bestrebungen. Die Verfassung und die Freiheitsrechte, die sie gewährt, müssen den Kampfboden für die Austragung dieser Kämpfe sicherstellen. Nur ein Staat, der diesen Bedingungen genügt, ist in Wirklichkeit ein Ordnungsstaat. Diesen Staat möchte jetzt die vordringende Reaktion zerstören. Die Verfassung und die darin enthaltenen Freiheiten sollen vernichtet, der Kampfboden soll zerstört werden. An die Stelle soll treten, was die Reaktion als Ordnungsstaat zu bezeichnen beliebt, was aber in Wirklichkeit ein Sklavenstaat ist. Seine Ordnung des Kadavergehorsams der Untertanen, die auf der nackten Gewalt beruht und die Friedhofsstille mit der freiwilligen Einordnung in den Staat verwechselt, ist keine Ordnung, sie ist die Zerstörung der Ordnung.

Die Republik baute zahlreiche Ansatzpunkte eines sozialen Volksstaates aus, dessen weiterer Ausbau und Entwicklung uns als eine wichtige, von der Wirtschaftskrise jäh unterbrochene Aufgabe gestellt ist. Kollektives Arbeitsrecht, Tarifvertrag, Schlichtungswesen, Sozialversicherung, Arbeitszeitverkürzung, mit anderen Worten Sozialpolitik, im weitesten Sinne, sollten die sozialen Ungerechtigkeiten des Kapitalismus einigermaßen abschwächen, und gleichzeitig den Weg des sozialen Aufstiegs vorbereiten. Die Zerstörungsparteien sind jetzt eifrig am Werke, die Ansatzpunkte des sozialen Staats zu vernichten. Sie befinden sich in der Höhe der jener Gruppen von Großgrundbesitzern und Trustmagnaten, deren wichtigstes Ziel die Zerstörung des sozialen Arbeitsrechts und der Sozialpolitik ist.

Indessen wollen sie auch die Wirtschaft, die Existenzgrundlage der Volksmillionen, die noch in Arbeit stehen und der anderen, die wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden sollen, zerstören. Wir kennen ihre Pläne, so sehr sie auch in vielen Punkten unklar und verschwommen sein mögen. Zerstört soll werden die Währung, die Sintflut der Inflation soll das Wirtschaftsfeld noch einmal überschwemmen, und die bereits so schwer mitgenommene Aussaat vernichten. Zerstört soll werden der Außenhandel, der für Millionen die einzige Existenzgrundlage bietet, und durch Förderung des Binnenmarktes in keiner Weise ersetzt werden kann. Zerstört soll werden das Kreditwesen, der Lebensnerv der kapitalistischen Wirtschaft. Der Auslandskredit, der Möglichkeiten der Wirtschaftankurbelung bietet, soll verboten, der Inlandskredit gewaltig gedrosselt werden. Die Aktiengesellschaften, die moderne Form der kapitalistischen Finanzierung der Wirtschaft, welche die Nutzbarmachung der ersparten Kapitalien für Produktionszwecke ermöglicht, sollen nach den Absichten der Nationalsozialisten, wenn auch nicht vernichtet, so doch sehr stark benachteiligt werden, damit sie in Zukunft eine Rückbildung erfahren. Der öffentlichen Wirtschaft gilt der Haß und die Abneigung dieser Partei, die die öffentlichen Unternehmungen so weit wie möglich dem privaten Kapital ausliefern will. Derart sehen wir auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet Zerstörung auf der ganzen Linie.

Was soll an die Stelle des zu zerstörenden sozialen und wirtschaftlichen Gebäudes errichtet werden. Wenn die Sozialisten überlebte und ungerechte Einrichtungen der wirtschaftlichen Ordnung beseitigen wollen, so haben sie klare Vorstellungen darüber, was sie an ihre Stelle setzen. Sind sie gegen lebenswichtige Einrichtungen des Kapitalismus, so wissen sie, daß diese nur abgeschafft werden können, wenn an die Stelle des kapitalistischen, die neue Wirtschaftsordnung des Sozialismus tritt. Welcher Aufbau wird uns aber versprochen von denen, die zwar das Wort Sozialismus im Namen der Partei führen, davon jedoch nicht das geringste wirklichen wollen. Wir kennen nur zwei Schlagworte, die als „Aufbaupläne“ gelten sollen, Autarkie und Arbeitsdienstpflicht. Indessen steht von einer autarkischen Selbstversorgung der Wirtschaft unter Absperrung der Waren und der Kapitalien des Auslandes fest, und wurde von den Wirtschaftskundigen mit völliger Einmütigkeit gezeigt, daß eine solche Absperrung nur zur Verelendung der Bevölkerung führe und daß das Sich-Großhungern, wie es gefordert wird, in Wirklichkeit ein Verhungern ist. Ebenso we-

nig dürfte ein Zweifel darüber bestehen, daß die Arbeitsdienstpflicht keine Erleichterung der Wirtschaftskrise und keine Lösung des Arbeitslosenproblems bietet. Die Tatsache wird auch von solchen anerkannt, die im übrigen dem Gedanken der Arbeitsdienstpflicht aus welchem Grunde immer nahe stehen.

So sehen wir bei unseren Gegnern die Zerstörung am Werke und nur die Zerstörung.

Wir dagegen sind die Partei des Aufbaus.

Wer den Aufbau will, der will den Kampf. Den Kampf für die soziale Gerechtigkeit und für den Wirtschaftsaufstieg, der der fürchterlichen Arbeitslosigkeit unserer Tage ein Ende setzen soll.

Wer den Aufbauwillen hat, der schützt die politischen und gewerkschaftlichen Freiheiten, die demokratische Selbstbestimmung der Staatsbürger im Staat und im Betrieb, der schützt die Arbeitsrechte und verteidigt den Kampfboden der aufstrebenden Klassen, der kämpft gegen die soziale Reaktion, in welcher Gestalt sie auch auftreten mag.

Wer den Aufbau will, der kämpft gegen Interessen und Vorurteile, die die Völker voneinander trennen, gegen die Zuspitzung von kapitalistischen und nationalistischen Interessengegensätzen in Weltpolitik und Weltwirtschaft, die die Weltwirtschaftskrise verschärfen und neue Kriegsgefahr heraufbeschwören, der kämpft für die Wiederherstellung der weltwirtschaftlichen Beziehungen im Waren-, Kapital- und Personenverkehr.

Wer den Aufbau will, der kämpft gegen den feudalen Großgrundbesitz und die feudalen Schlotbarone, die Nutznießer einer verderblichen Monopolwirtschaft.

Wer den Aufbau will, der kämpft gegen das Wirtschaftssystem, das die Menschen nicht zu ernähren und zu beschäftigen vermag, das immer größere und schwierigere Wirtschaftskrisen unvermeidbar heraufbeschwört, gegen ein Wirtschaftssystem, das die persönliche Herrschaft der Besitzer gegenüber den Besitzlosen bedeutet und das durch die sozial wie wirtschaftlich schädliche Ungleichheit der Einkommensverteilung gekennzeichnet ist —, der kämpft für die Beseitigung des anarchischen Systems des Kapitalismus und für die Errichtung einer sozialistischen Planwirtschaft.

Es gilt mit aller Kraft weiter zu arbeiten, weiter zu bauen an dem großen Werk, welches die klassenbewußte Arbeiterschaft zu errichten hat. Fester geschlossen denn je und mit zäher Ausdauer weiter geschafft. Wir siegen, denn wir bauen auf.

Kundgebung des Internationalen Gewerkschaftsbundes an die deutsche Arbeiterschaft

In dem Augenblick, wo die deutsche Arbeiterklasse mitten im entscheidenden Abwehrkampf gegen die vereinten Mächte der Reaktion steht und die deutsche Demokratie um ihr Dasein ringt, hält es der Internationale Gewerkschaftsbund für seine dringende Pflicht, der deutschen Arbeiterschaft und allen deutschen Volksgenossen, die für den Bestand der deutschen Republik und damit auch des Friedens in einem demokratischen Europa kämpfen, seine Solidarität mit aller Kraft zu bekunden.

Jetzt wie früher steht für den Internationalen Gewerkschaftsbund fest,

daß Faschismus moralischer und materieller Verelendung gleichkommt;

daß Faschismus national und international eine direkte Bedrohung des Friedens bedeutet;

daß die Arbeiterklasse ihre höchsten Güter verteidigt, indem sie den Faschismus niederzwingt.

Die deutsche Arbeiterschaft kann sicher sein, daß der Internationale Gewerkschaftsbund mit seinen 14 Millionen angeschlossenen Mitgliedern aus allen Ländern diesen ihren Kampf mit den höchsten Gefühlen der Sympathie und Solidarität verfolgt und bereit ist, den deutschen Arbeitern mit allen verfügbaren Mitteln zum Siege zu verhelfen.

Deutsche Genossen!

Ihr steht nicht allein in diesem Kampf! Wisset, daß das organisierte Weltproletariat hinter euch steht, denn ihr kämpft nicht nur für die deutsche Demokratie, euer Kampf ist auch ein Kampf für die Befreiung der Menschheit!

8. Sitzung des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Am 21. Juli trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner 8. Sitzung in Berlin zusammen, um zu der durch die Vorgänge in Preußen am 20. Juli geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. An der Sitzung nahmen auch die Bezirkssekretäre teil, die schon am Tage vorher vom Bundesvorstand zu internen Beratungen nach Berlin berufen worden waren.

Die eingehende Aussprache ergab die einmütige Zustimmung aller Verbandsvertreter zu der von den Spitzenorganisationen aller Richtungen erlassenen Kundgebung an die Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften erblicken in den Ereignissen vom 20. Juli einen weiteren Schritt zur Untergrabung der staatlichen Autorität. Sie legen im Namen der Millionen Deutschen, die in ihren Reihen organisiert sind, schärfsten Protest gegen diese Maßnahmen ein. Offenbar hat die Sorge der Reichsregierung um ihren nationalsozialistischen Anhang, der sich ohne fremde Hilfe gegenüber den gewaltigen Kräften der deutschen Arbeiterbewegung nicht behaupten kann, sie bewegen, die preußische Regierung vom Amt zu entfernen, weil angeblich in ihren Händen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Demgegenüber sind die Gewerkschaften der Überzeugung, daß die bisherige unparteiische Handhabung der Polizeigewalt in Preußen den Feinden der geltenden Verfassung nicht den erwünschten Spielraum zur Entfaltung ihrer illegalen Kräfte gab.

Die Arbeiterschaft verteidigt die Verfassung und das Recht. Gerade deshalb halten die Gewerkschaften jede unbesonnene Handlung der Arbeiterschaft auch jetzt, wo ihr Rechtsgefühl aufs tiefste verletzt worden ist, für falsch. Der Wahltag am 31. Juli wird allen verantwortungsbewußten Deutschen, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft Gelegenheit geben, ihren staatspolitischen Willen eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Diese Willenskundgebung wird zugleich die beste und schärfste Kritik an den Maßnahmen sein, zu denen sich im Gegensatz zu der Auffassung der überwältigenden Mehrheit des Volkes die gegenwärtige Reichsregierung gegen Preußen berechtigt fühlte.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes ist noch nicht bekannt. Bei der Lagerung der Machtverhältnisse ist es durchaus möglich, daß er sich gegen die Rechtsauffassung der Länderregierungen und gegen den Sinn der Weimarer Verfassung auf die Seite der Reichsregierung stellt. Das wird die Gewerkschaften nicht hindern, Seite an Seite mit denen zu kämpfen, die nicht den Buchstaben, sondern den Geist der Verfassung schützen wollen.

Von allen Rednern des Bundesausschusses wurde immer wieder hervorgehoben, daß der Wille zum Siege in den ganzen Jahren der Nachkriegszeit niemals stärker war als in den letzten

Wochen, daß die Opferbereitschaft auch unter den Armsten der Arbeiterschaft, den Arbeitslosen, in allen Bezirken die höchsten Erwartungen übertrifft. Da der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung um ein freihetliches Deutschland mit dem 31. Juli keineswegs abgeschlossen sein wird, ist es doppelt notwendig, die Werbearbeit der Gewerkschaften nicht nur im Zeichen des gewaltigen politischen Kampfes zu führen, sondern mit aller Energie auch und vor allem auf die Stärkung der Organisationen zu konzentrieren, die gesamte deutsche Arbeiterschaft in den Reihen der Gewerkschaften zu sammeln und ihre Widerstandskraft gegen weitere Versuche der Entrechtung von Woche zu Woche zu steigern.

Was fehlt uns: Kapital oder Absatz?

Die heftigen Angriffe auf den Lohn, den man nicht einmal auf seinem gegenwärtigen Tiefstand belassen, sondern noch weiter herabsetzen möchte, stützen sich vor allem auf das Argument des angeblichen Kapitalmangels, der in Deutschland gegenwärtig herrsche und die weitere Herabsetzung der Löhne erfordere, damit die Unternehmungen dank niedrigerer Produktionskosten aus ihren Gewinnen größere Ersparnisse machen und mehr Kapital für produktive Zwecke ansammeln können. Mit großer Klarheit und Überzeugungskraft beweist Dr. Alfred Braunthal in der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ (Heft 26), daß von einem Kapitalmangel in der Zeit der Wirtschaftskrise nicht im entferntesten die Rede sein kann. „Nicht Mangel an Kapital trägt, solange die Depression andauert, die Schuld daran, daß das Schwungrad der Konjunktur noch nicht in Gang kommen kann, sondern lediglich Mangel an Beschäftigungsmöglichkeit für das Kapital.“ Das Kapital streikt, weil es keinen Mut hat, zu produzieren. Für die westlichen Industrieländer, Frankreich, England, die Vereinigten Staaten könnte niemand mit gutem Gewissen behaupten, daß es in diesen Ländern an der erforderlichen Kapitalbildung fehle und sie wegen Kapitalmangel nicht imstande wären, die Krise zu überwinden. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es in diesen Ländern nur an Unternehmungsmut, sei es der Industrieunternehmungen selbst, sei es der Banken, fehlt. Liegen zwar in Deutschland die Verhältnisse anders als in den westeuropäischen Industrieländern, so ist auch hier ein Kapitalmangel zur Zeit nicht vorhanden, sondern es ist der eigentliche Störungsherd die Kreditkrise, die Funktionsunfähigkeit des Kapitalmarktes, deren Ursachen zum größten Teil außerwirtschaftliche sind und mit der inneren und äußeren Politik zusammenhängen. Die an sich feststehende Tatsache, daß bei vielen Unternehmungen bereits sich erhebliche Substanzverluste ergaben, steht mit der Behauptung, es sei kein Kapitalmangel da, nicht in Widerspruch, da Substanzverluste an Sachkapital wohl gleichzeitig mit einem starken Angebot an Geldkapital auftreten können. Zur Überwindung der Depression kommt es daher in erster Linie nicht auf das Kapital-

angebot, sondern auf die Kapitalnachfrage an. Lohndruck könnte jedoch die Kapitalnachfrage nicht erhöhen. Die entscheidende Frage ist nämlich die: Was würden die Unternehmer tun, vorausgesetzt, daß ihre Rentabilität sich infolge von Lohnsenkungen wirklich allgemein erhöhen würde? Es ist ein Irrtum, zu meinen, daß die Unternehmer in diesem Falle ihren Produktionsapparat erneuern würden. Die Unternehmungen der Produktionsgüterindustrien können das nicht tun, da sie noch lange Zeit brauchen werden, um in ihre Leistungsfähigkeit wieder hineinzuwachsen. Aber auch für die Unternehmungen der Konsumgüterindustrien würde der Anreiz fehlen, ihren Produktionsapparat zu erneuern, da bei Lohnsenkungen die Kaufkraft der wichtigsten Konsumentenschichten und dementsprechend ihr Absatz zurückgehen müßte. „Durch Lohnsenkungen würde zwar vorübergehend die Rentabilität gewisser Unternehmerrgruppen gesteigert, die anderer aber auf dem rasch fühlbar werdenden Weg über Absatzschrumpfungen gesenkt oder vernichtet werden. Damit würden aber die Wirkungen der Rentabilitätssteigerung in den Produktionsgüterindustrien rasch vernichtet und ihre Absatznöte noch gesteigert werden.“ „So liegt denn auch die Wurzel des Übels an einer ganz anderen Stelle als bei den Löhnen: Es ist der katastrophale nationale und internationale Vertrauenszusammenbruch, der den normalen Ab- und Auslauf der Depression durch tiefgehende Störungen im Währungs-, Kredit-, Zahlungsbilanz- und Außenhandelssystem unterbindet. Diesen Störungen kann man nur innerhalb der Sphäre der Innen- und Weltpolitik Herr werden, keinesfalls aber durch Lohnsenkungen, die sozial verbitternd wirken, die politische und Vertrauenssituation weiter verschlechtern müssen und obendrein die wirtschaftlichen Störungen nur verstärken, nicht beheben können.“

Die deutsche Sozialversicherung schlimmer als Alkohol und Syphilis

Der Verfasser der Regierungserklärung des Freiherrnkabinetts gegen den Wohlfahrtsstaat hat bei Abfassung seiner Kampfpistel gegen die „moralische Zermürbung des deutschen Volkes“ offenbar eine geistige Anleihe bei einem Stahlhelmschriftsteller gemacht. Herr Gustav Hartz, der zu den regelmäßigen „sozialpolitischen Mitarbeitern“ des „Stahlhelm“ gehört, der Zeitung jener reaktionären Vereinigung, die sich „Bund der Frontsoldaten“ nennt, gab im Jahre 1928 durch den deutschnationalen Scherl-Verlag des Herrn Hugenberg das Buch „Irrwege der deutschen Sozialpolitik“ heraus. In diesem Pamphlet gegen die deutsche Sozialversicherung verstieg sich der biedere Stahlhelmsmann in einem Wut-anfall zu folgenden hanebüchlenen Behauptungen:

„Wir Europäer haben die zahlreichen Paradiise der Erde fast restlos zerstört durch unsere Zivilisation. Dazu dienten uns... in erster Linie Alkohol und Syphilis. Nach meiner Überzeugung könnten wir ein glückliches Naturvolk aber auch dadurch verderben, daß wir ihm die sozialen Versicherungen aufzwingen. Nur würde dabei der Niedergang etwas langsamer vor sich gehen.“

Die Sozialversicherung ebenso schädlich für die Menschheit wie Alkohol und Syphilis — das will schon was heißen! Und weshalb ist die Sozialversicherung so gemeingefährlich? Weil sie, nach des braven „Stahlhelm“-Schreibers Auffassung, die Versicherten „zum Betrug verleitet, zur Verantwortungslosigkeit und Bequemlichkeit erzieht, Kranke züchtet, Neurosen und Hypochondrium erzeugt, kurz zur moralischen Verelendung und körperlichen Schwächung unseres Volkes führt“.

Brutaler kann es wirklich nicht ausgedrückt werden, wie grenzenlos man die Sozialversicherung haßt. Da schwafelt man noch von einem kulturellen Hochstand und von einem Aufstieg der Menschheit. Ist Kultur auf einer Seite Verelendung auf der anderen Seite Überfluß, dann haben wir allerdings einen Höhepunkt erreicht. Seht die von Sorge und Not verzweifelten Kriegsopfer, Arbeitsinvaliden, Sozialrentner und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger, und ihr erkennt eure Aufgabe in der heutigen Zeit.

65 deutsche Gründungen in England

Nach einer amtlichen Bekanntmachung des britischen Handelsministeriums haben seit Beginn der englischen Schutzollpolitik, im November vorigen Jahres, insgesamt 78 ausländische Firmen Produktionsstätten in England errichtet. Dabei handelt es sich um 65 deutsche, 11 französische und 2 schweizerische Unternehmungen. Deutsche Industrieunternehmungen stehen also an der Spitze. Man kann daraus ersehen, welche Verlagerungen der plötzliche Übergang eines Landes zum Schutzzoll mit sich bringt und wie das Kapital dort hinflüchtet, wo es glaubt Verdienstmöglichkeiten zu haben. Vaterlandsliebe und ähnliche Begriffe spielen dabei keine Rolle.

Dem Jubilar Alex. Czech

Eine Stunde der Besinnlichkeit in diesem gigantischen Ringen der Jetztzeit. Eine Stunde, die uns gleichzeitig erkennen läßt, daß starke Kräfte in der Arbeiterschaft lebendig sind, die uns auch innerlich in dem Glauben an unseren Erfolg bestärken sollen. Der Weg der Arbeiterschaft ist ein darnenvoller, Überzeugungstreue und Detennetmut waren von jeher die Merkmale aller aufrechten Männer. Ein Wort, das auch in der heutigen Zeit allergößte Beachtung verdient. Alle unsere Erfolge sind aufgebaut auf der selbstlosen Hingabe unserer ältesten Kämpfer, und ihr Beispiel soll weiter leben zum Vorbild der heutigen und der kommenden Generation. Es ist notwendig, das von Zeit zu Zeit zu wiederholen, damit sich unsere Jugend an den Aufrechten innerlich festigt. Viele waren es, bekannte und noch mehr in der Öffentlichkeit nicht bekannte, welche das Fundament einer neuen Zeit mauerten. Wie alle haben sich durch ihr Wirken in der Geschichte der Arbeiterbewegung auf immer einen guten Namen erhalten.

Warum diese feierliche Einleitung bei einem Jahrestag? Wir können nicht jedes einzelnen gedenken. Wenn wir jedoch aus einem besonderen Anlaß jener Zeiten gedenken, dann wollen wir gern Gelegenheit nehmen allen unsere Ehrerbietung zu machen.

Diese Zeilen sind unserem Kollegen Alex. Czech gewidmet, der am 1. August 25 Jahre Angestellter unserer Organisation ist. Wenn auch über die Hälfte dieser Zeit seine Tätigkeit dem Tarifamt für Lithographie und Steindruck gilt, wo er seinen Blick dem Gesamtgewerbe zuwenden mußte, haben wir doch alle Ursache an seinem Ehrentage zu betonen, wie gern wir sein Wirken und sein ehrliches und aufstrebendes Streben anerkennen. 25 Jahre Tätigkeit in einer Arbeiterorganisation, heißt ein Leben von Arbeit hinter sich haben.



Am 15. April 1873 wurde Kollege Czech in Chemnitz geboren. Nach seiner Schulentlassung führte ihn der Weg zum Lithographenberuf, den er in Leipzig erlernte. Frühzeitig erkannte er die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation, denn er ist heute mehr denn vier Jahrzehnte Mitglied unseres Verbandes. Bei seiner beruflichen Tätigkeit außerhalb Leipzigs schärfte er auch seinen Blick für alles, was um ihn herum vorging. Mit 21 Jahren organisierte er sich politisch und ist bis heute seiner Partei treu geblieben. Es ist nur zu verständlich, daß alle aktiven Kräfte zeitig in der Arbeiterbewegung Betätigung finden. So kam es auch, daß er sofort nach seiner Rückkehr vom Militärdienst in Leipzig dem Funktionärstörcher eingeweiht wurde. Durch das Vertrauen seiner engeren Berufskollegen wird er in die Agitationkommission gewählt. Klar denkende und entschlossene Männer waren nötig, galt es doch zu jener Zeit mit allen Kräften für die Erhaltung einer gemeinsamen Organisation einzutreten. Kollege Czech hat seinen Mann gefunden. Seine Überzeugung und sein starker Wille ließen ihn mit Einfluß seiner ganzen Persönlichkeit für seine einmal erkannten Ziele streben. Seine baldige Berufung in den Vorstand lassen erkennen, daß auch die Kollegenchaft in Leipzig seinen Weg als den richtigen wertet. In der Tarifbewegung 1905 und der anschließenden Auspertzung hatte Kollege Czech wie so viele andere Kollegen Gelegenheit tatkräftig an der Gestaltung der Verhältnisse mitzuwirken.

Im Jahre 1907 wurde seine Leipziger Tätigkeit beendet. In seinem Leben trat eine entscheidende Wendung ein. In Berlin machte sich die Anstellung eines Filialleiters für die Lithographenkollegen notwendig. Kollege Czech bewarb sich mit um diesen Posten, und er wurde von den Berliner Kollegen gewählt. Am 1. August 1907 trat er diese Stelle an, und nun konnte er sich ganz rückhaltlos dem Dienst der Kollegen hingeben. Der Aufgabenteil war groß genug, daß er einen Menschen voll ausfüllen konnte. Es kam die große Bewegung 1911/12, doppelt schwer für jene Kollegen, die verantwortlich die Geschicke ihrer Berufskollegen leiten mußten. Gestützt auf die Erfahrungen seiner Leipziger ehrenamtlichen Funktionärlätigkeit wickte er mit daran, den Bau Berlin in eine festere Form zu bringen, um so durch den inneren Ausbau eine wirksame organisatorische Arbeit zu gewährleisten. Daneben laufen dann noch eine Reihe weiterer Verpflichtungen. Die Kenntnisse, die sich Kollege Czech auf der Gewerkschaftsschule aneignen konnte, mußten weiteren Kreisen in der Arbeiterschaft zugänglich gemacht werden. Als Mitglied im Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin, als auch im Bezirksjugendausschuß galt es die Stellung der Gewerkschaften zu vertreten. Wenn wir dann noch feststellen, daß man seine Arbeitskraft im Ausschuß der Gewerkschaftskommission schätze, so ist darzustellen, wie vielseitig und vielgestaltig der Wirkungsbereich eines Funktionärs ist.

Im Jahre 1919 sollte jedoch seine Tätigkeit eine Ausdehnung nach anderer Richtung hin erfahren. Das neugegründete Tarifamt für das Lithographie- und Steindruckgewerbe benötigte einen Geschäftsführer. Die Wahl fiel auf Kollegen Czech. Das hatte zur Folge, daß er vom Verband beurteilt werden mußte, damit er diesen neuen Posten ausfüllen konnte. Die Erfüllung der Aufgaben, die dort harrten, ist an besondere Vorbedingungen geknüpft. Heute kann man mit Recht sagen, daß Kollege Czech dieses schwierige Amt in einer Weise ausgefüllt hat, die ihm die Achtung beider Tarifvertragsparteien gesichert hat. Es muß ohne Einschränkung anerkannt werden, daß Kollege Czech stets befreit war, rein sachlich und objektiv zu den verschiedensten Fragen Stellung zu nehmen. Sein Aufgabengebiet ist genügend differenziert. Als Geschäftsführer der Tarifämter für Lithographie und Steindruck und für den Formenstich ist seine Tätigkeit in den Reichslichtdruckgerichten unerlässlich. Daneben führte er noch die Zentralarbeitsnachweise der Lithographen, Steindrucker und der Formenstichter. Wer nur einigermaßen Einblick hat, weiß wie schwierig es ist, einen derartigen Posten auszufüllen, und beiden Richtungen gerecht zu werden. Wir freuen uns, feststellen zu können, daß Kollege Czech sich einer wirklich objektiven Geschäftsführung befleißigt hat und daß er dadurch das Vertrauen, das beide Parteien in ihn gesetzt haben, nicht enttäuscht hat.

So bringen wir dem Jubilar unsere Glückwünsche dar. Wir freuen uns mitteilen zu können, daß Kollege Czech in gesundheitlicher Hinsicht keinen Grund zu klagen hat. Wir fassen unsere Wünsche an ihn zusammen in der Hoffnung, daß uns Kollege Czech für seinen Wirkungsbereich noch recht lange erhalten bleibt. Gesundheit und Arbeitsfreude sollen auch seinen weiteren Lebensweg begleiten, damit er wie in bisheriger Weise zum Wohle des Gesamtgewerbes wirken kann.

Die Krise frißt die Gesundheit

In Berlin fand kürzlich ein Vortrag des dirigierenden Arztes vom Hufeland-Hospital Dr. Felix Boenheim statt, der sich mit der gesundheitlichen Lage des deutschen Volkes beschäftigt. Aus dem von diesem Redner vorgebrachten Material möchten wir folgende Fälle herausgreifen, welche deutlich zeigen, wie die Krise die Gesundheit des deutschen Volkes vernichtet: Eine Rundfrage bei den Krankenhäusern ergab, daß sehr viel Patienten in einem Zustand bedenklichster Unterernährung aufgenommen werden. So wurde z. B. bei einer Patientin bei der Entlassung ein Körpergewicht von 24 kg festgestellt. Infolge zureichender Ernährung erreicht sie in kurzer Zeit das Gewicht von 42 kg. In den Kinderkliniken der Universität in Heidelberg und Marburg wurden die gesundheitlichen Schäden bei Kleinkindern auf den Mangel ausreichender Obst- und Gemüseernährung zurückgeführt. In den Großstädten mußte festgestellt werden, daß Kinder im Wachstums-

alter nicht einmal genügend Brot erhalten. Bei 10 000 untersuchten Kindern ergab sich ein Zurückbleiben von der normalen Wachstumsgröße um 5 cm. Bei Kontrollen der Ernährungsweise der Haushaltungen hat sich für Berlin ergeben, daß nicht nur die Arbeitslosenfamilien, sondern die Familien noch beschäftigter Arbeiter zu 80 v. H. die als wissenschaftlich für notwendig erachteten Nahrungsmittel weder der Art noch der Qualität nach zu erstehen in der Lage sind. Die Behauptung, weite Schichten der Bevölkerung ernährten sich heute besser als vor dem Kriege, ist völlig grundlos. Die amtlichen Statistiken kennen zwar die Rubrik „Hungertod“ nicht, trotzdem gibt es sehr viele Menschen, deren Tod darauf zurückzuführen ist, daß sie „schleichend verhungern“, die unmittelbare Todesursache ist dann freilich „Herzschlag“. Unheilvoll wirkt sich die Wirtschaftskrise auf die Krankenhausbehandlung aus. Mangels an Mitteln sind viele Krankenhäuser unbesetzt, müssen sogar geschlossen werden. Bezüglich der Länge der Krankenhausbehandlung zeigt

die Statistik, daß aufgenommene Selbstzahler im Durchschnitt 16,9, Krankenkassenmitglieder 26,4 und Wohlfahrtspatienten 30,9 Tage im Krankenhaus verweilen. Dies liegt daran, weil die Selbstzahler in der Regel durch zulängliche Ernährung und bessere Lebensweise so gestärkt sind, daß die Genesung schneller durchgeführt werden kann. Die sozial-pathologischen Auswirkungen der Lebenslagen der Bevölkerung sind mannigfaltig: die Selbstmordziffer steigt, die Wohnungsnot — sehr häufig liegen drei Kinder in einem Bett oder zusammen mit Erwachsenen —, zeitigt greuliche Sitten. Die Kinderprostitution und die Geschlechtskrankheiten unter den Kindern nehmen zu, der Alkoholismus steigt...

Nur wenige Beispiele aus dem Vortrage von Dr. Boenheim. Wenn auch die Folgen der Unterernährung mit denen des Krieges vergleichbar sind, so aber nicht deren Ursachen. Dazumal herrschte Mangel, jetzt aber Überfluß. Die Verelendung des deutschen Volkes ist die Folge der wirtschaftlichen und politischen Krise.

